

## Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung

Martin Kroh  
mkroh@diw.de

*Die Europäische Union (EU) befindet sich zurzeit in ihrer bisher größten Erweiterungsphase. Nachdem im Jahre 2004 bereits zehn vor allem mittel- und osteuropäische Länder der EU beigetreten sind, werden Bulgarien und Rumänien voraussichtlich 2007 folgen. Der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern und die geplante Unterzeichnung der Beitrittsverträge am 25. April dieses Jahres werden in der Öffentlichkeit bereits von der Diskussion um den nächsten Beitrittskandidaten, die Türkei, überdeckt. Hinsichtlich der EU-Erweiterung zeichnet sich derzeit jedoch ein deutliches Vermittlungsproblem in der Bevölkerung ab: Die Zustimmung in Deutschland dazu hat in den vergangenen Jahren abgenommen; unter den Ländern der EU-15 hat Deutschland gegenwärtig mit nur noch 36 % eine der geringsten Zustimmungswerten.*

*Mithilfe der vom DIW Berlin zusammen mit Infratest Sozialforschung erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann gezeigt werden, dass die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung nicht im Zusammenhang mit Befürchtungen um die eigene soziale Lage stehen: Personen in prekärer Erwerbslage und Arbeitslose sehen die Folgen der EU-Erweiterung nicht kritischer als der Rest der Bevölkerung. Von größerer Bedeutung als die befürchtete Konkurrenz um Arbeitsplätze mit Bürgern aus den Beitrittsländern scheinen oftmals pauschale Befürchtungen, die mit der EU-Erweiterung assoziiert werden: Personen, denen die allgemeine Wirtschaftslage Sorgen macht, diejenigen, die eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der EU äußern, und insbesondere jene Personen, die wegen Zuwanderungen besorgt sind, beurteilen die Folgen der EU-Erweiterung besonders kritisch. Daneben zeigen die Analysen, dass die langfristige Parteibindung und die Mediennutzung von Personen Einfluss auf deren Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung haben.*

### Erweiterungen der EU von 1973 bis 2007

Die Zahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich erhöht: Zu den sechs Gründungsmitgliedern von 1951 (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) kamen 1973 Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich hinzu; danach folgten Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (1986). 1995 wurde die Europäische Union um Finnland, Österreich und Schweden erweitert. Alle Erweiterungswellen wurden durch Diskussionen über die positiven wie auch negativen Folgen für die jeweiligen Mitgliedstaaten begleitet. Wichtige Themen waren neben den politischen Folgen (wie der Funktionsfähigkeit europäischer Institutionen in einem erweiterten Europa oder fiskalischen Fragen der Erweiterung) soziale und wirtschaftliche Veränderungen für die bestehende Gemeinschaft. Die möglichen Folgen einer Erweiterung der EU wurden jedoch

### Inhalt

Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung  
Seite 193

Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland: Große Unterschiede nach Geschlecht und Alter  
Seite 199

nie so kontrovers diskutiert wie im Fall der aktuellen Aufnahmephase von hauptsächlich mittel- und osteuropäischen Staaten.<sup>1</sup> In der öffentlichen Diskussion stehen insbesondere die erheblichen ökonomischen Diskrepanzen im Vordergrund: Nie zuvor war das Einkommensgefälle zwischen den alten und den neuen Mitgliedsländern so groß. Im ersten Schritt der bisher größten Erweiterungswelle traten der EU am 1. Mai 2004 zehn Länder bei: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Im nächsten Schritt werden Bulgarien und Rumänien voraussichtlich am 1. Januar 2007 folgen.<sup>2</sup> Außerdem laufen bereits Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Kroatien sowie der Türkei.

### Die aktuelle Zustimmung zur EU-Erweiterung

Die verschiedenen Erweiterungen der Europäischen Union waren in den einzelnen Mitgliedsländern häufig umstritten. So sprach sich im Vorfeld der Norderweiterung um Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich weniger als die Hälfte aller Belgier und Italiener für den Beitritt Dänemarks aus, und noch zehn Jahre später äußerten 40 % der französischen Bevölkerung, sie würden eine Gemeinschaft ohne Großbritannien vorziehen.<sup>3</sup> Auch wenn eine negative Haltung der Bevölkerung ge-

genüber der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten kein neues Phänomen ist, zeigen aktuelle Umfragedaten, dass die Meinung der Deutschen zur EU-Erweiterung derzeit ungewöhnlich kritisch ausfällt.

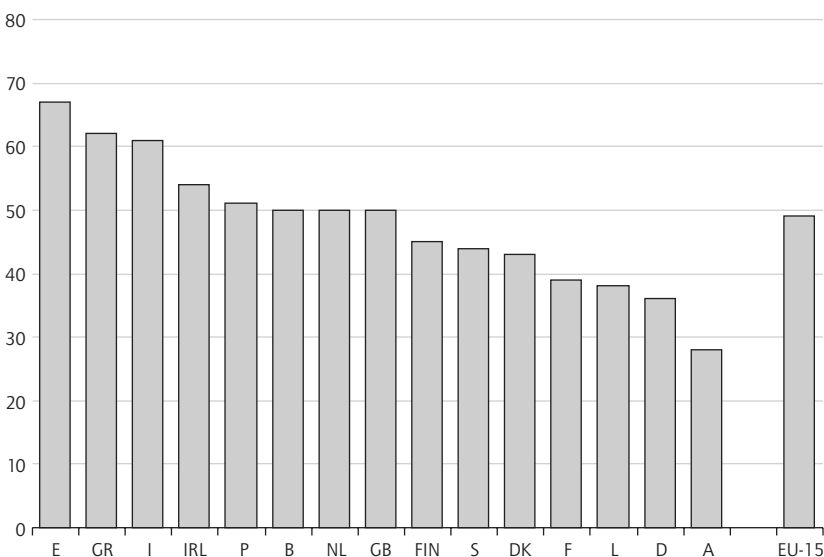
Abbildung 1 veranschaulicht die Zustimmung zur EU-Erweiterung im Herbst 2004 in den 15 EU-Staaten, die bereits vor dem 1. Mai 2004 Mitglieder der EU waren (EU-15). Die durchschnittliche Zustimmungsrates in der EU-15 lag bei 49%.<sup>4</sup> In Spanien, Griechenland und Italien stand die öffentliche Meinung der EU-Erweiterung positiver gegenüber (mehr als 60% Zustimmung), als dies im Durchschnitt der EU-15 der Fall war. Die geringsten Zustimmungsrates gab es in Deutschland (36%) und Österreich (28%).

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland zur EU-Erweiterung in den vergangenen vier Jahren. Danach hat in Deutschland die Ablehnung gegenüber der Erweiterung der EU zugenommen. Während sie von 2000 bis 2003 um 40% schwankte, lag sie im vergangenen Jahr über 50%. Besonders hoch war die Ablehnungsrate im April 2004 (60%), also unmittelbar vor Aufnahme der ersten zehn neuen Mitglieder im Rahmen der derzeitigen Erweiterungsphase. Schließlich deutet der kontinuierlich abnehmende Anteil der unentschlossenen Befragten – derzeit 10% – darauf hin, dass das Thema in der Wahrnehmung der Bevölkerung an Bedeutung gewinnt.

Abbildung 1

### Zustimmung zur EU-Erweiterung in der EU-15 im Jahre 2004<sup>1</sup> nach Mitgliedsländern

In % der Bevölkerung



<sup>1</sup> Stand: Oktober/November.

Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer Nr. 62.

DIW Berlin 2005

### Die Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In einer vom DIW Berlin und Infratest Sozialforschung durchgeführten repräsentativen Sondererhebung im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Sommer 2004 wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie sich Sorgen im Zusammenhang mit den Folgen der EU-Erweiterung machen. Während lediglich ein Viertel in dieser

<sup>1</sup> Fragen der europäischen Integration, zu denen es lange Zeit einen gewissen Konsens innerhalb der Mitgliedsländer gab, werden in vielen europäischen Ländern zunehmend wichtiger für parteipolitische Auseinandersetzungen. Vgl. Gary Marks und Marco R. Steenbergen (Hrsg.): *European Integration and Political Conflict*. Cambridge 2004. Die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei mit den divergierenden Positionen von CDU/CSU (privilegierte Partnerschaft) und der rot-grünen Bundesregierung (Vollmitgliedschaft der Türkei) ist ein Beispiel für eine solche Entwicklung.

<sup>2</sup> Die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien wurden im Juni bzw. Dezember 2004 abgeschlossen. Die entsprechenden Beitrittsverträge sollen am 25. April dieses Jahres unterzeichnet werden.

<sup>3</sup> Vgl. die *Europeans Community Study Nr. 70* (Februar/März 1970), den Vorläufer der Eurobarometer-Studien, sowie die Eurobarometer-Studie Nr. 21 (März/April 1984).

<sup>4</sup> Legt man der Berechnung die um die zehn neuen Mitglieder erweiterte EU-25 zugrunde, dann beträgt die durchschnittliche Zustimmung 53%. Die Zustimmungsrates zur EU-Erweiterung liegen in den neuen Mitgliedstaaten fast durchweg über denen in den Ländern der EU-15 (vgl. Eurobarometer-Studie Nr. 62 von Oktober/November 2004).

Hinsicht nicht besorgt war, gaben drei Viertel aller Befragten an, sich einige oder sogar große Sorgen zu machen. Die hohe Rate derer, die die EU-Erweiterung mit Sorge betrachten, bestätigt somit die durch die Eurobarometer-Studien gemessene hohe Ablehnungsrate der EU-Erweiterung in Deutschland (vgl. auch Abbildungen 1 und 2).

### Sozioökonomische Merkmale

Obwohl in allen untersuchten Bevölkerungsgruppen eine Mehrheit Sorgen hinsichtlich der Folgen der EU-Erweiterung äußert, zeigt eine Differenzierung nach sozioökonomischen Merkmalen, dass es signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen gibt (Tabelle 1). Insbesondere Personen

Tabelle 1

### Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung nach sozioökonomischen Merkmalen

In % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Alter	
Bis 24 Jahre	60
25 bis 34 Jahre	71
35 bis 44 Jahre	75
45 bis 54 Jahre	83
55 bis 64 Jahre	79
65 Jahre und älter	80
Geschlecht	
Männer	74
Frauen	76
Schulbildung <sup>1</sup>	
Volks-/Hauptschule	81
Realschule	78
(Fach-)Abitur	68
Berufliche Stellung	
Arbeiter	83
Angestellte/Beamte	79
Selbständige/Freiberufler	71
Arbeitslose	75
Sonstige Erwerbslose	73
Haushaltseinkommen <sup>2</sup>	
Niedrig <sup>3</sup>	71
Mittel	77
Hoch	76
Keine Angaben	77
Region	
Westdeutschland	77
Ostdeutschland	70
<b>Insgesamt</b>	<b>75</b>

<sup>1</sup> Schüler und Personen ohne Schulabschluss nicht ausgewiesen.

<sup>2</sup> Angaben zum Nettohaushaltseinkommen nach Haushaltsgröße und -struktur bedarfsgewichtet.

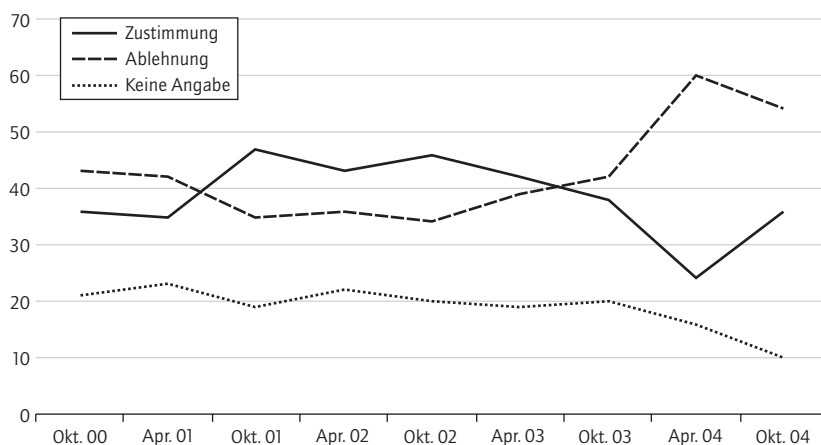
<sup>3</sup> Unterste 33 % in der gesamtgesellschaftlichen Verteilung von bedarfsgewichteten Einkommen.

Quellen: SOEP 2004 (Pretest; Anzahl der Befragten = 772); Berechnungen des DIW Berlin.

Abbildung 2

### Zustimmung zur EU-Erweiterung in Deutschland 2000 bis 2004

In % der Bevölkerung



Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer Nr. 55 bis 62.

DIW Berlin 2005

im Alter von 45 bis 54 Jahren sehen die EU-Erweiterung kritisch: 83 % der Personen in dieser Altersgruppe machen sich im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung Sorgen; Personen unter 25 Jahren dagegen sind weit weniger besorgt (60 %). Geschlechtsspezifische Unterschiede sind nicht festzustellen. Hingegen ist ein deutlicher Einfluss der Bildung zu erkennen: Je höher der erreichte Schulabschluss der Befragten, desto geringer ist der Anteil derjenigen, die sich im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung sorgen. Personen mit Hauptschulabschluss äußern zu 81 % Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung, diejenigen mit Realschulabschluss zu 78 % und schließlich jene mit (Fach-)Abitur zu 68 %. Auch die berufliche Stellung spielt eine Rolle: Der Anteil derjenigen, die die EU-Erweiterung kritisch betrachten, ist bei Arbeitern vergleichsweise hoch (83 %), bei Selbständigen hingegen relativ niedrig (71 %). Eine Unterteilung der Bevölkerung in drei gleich große Gruppen nach der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens zeigt, dass die Sorgen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung bei jenen Personen am geringsten sind (71 %), die über das niedrigste Einkommen verfügen (unteres Drittel der Einkommensverteilung). Schließlich sind Ostdeutsche (70 %) weniger um die EU-Erweiterung besorgt als Westdeutsche (77 %).

### Parteibindung und Mediennutzung

Auch die langfristige Parteibindung und die Mediennutzung sind bei der Beurteilung der Folgen der EU-Erweiterung von Bedeutung (Tabelle 2). Insbesondere die Anhänger der CDU/CSU und der PDS sehen dies kritisch (jeweils 82 %); dagegen

Tabelle 2

### Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung nach Parteibindung und Mediennutzung

In % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Parteibindung <sup>1</sup>	
CDU/CSU	82
SPD	75
FDP	76
Bündnis 90/Die Grünen	55
PDS	82
Keine Parteibindung <sup>2</sup>	75
Nutzung von Tageszeitungen <sup>3</sup>	
Boulevardzeitung	84
Regionale Zeitung	78
Überregionale Zeitung	63
Nutzung von Nachrichtensendungen	
Öffentlich-rechtliches Fernsehen	76
Privates Fernsehen	75
<b>Insgesamt</b>	<b>75</b>

**1** Zur Messung von Parteibindungen wurde folgende Formulierung im Fragebogen verwendet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist es bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“

**2** Personen mit sonstigen Parteibindungen werden nicht ausgewiesen.

**3** Zur Messung der politischen Mediennutzung wurden folgende Fragen gestellt: „Lesen Sie Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in einer der folgenden Gruppen von Tageszeitungen?“ sowie „Sehen Sie sich Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in einer der folgenden Nachrichtensendungen an?“

Quellen: SOEP 2004 (Pretest; Anzahl der Befragten = 772); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

machen sich Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen deutlich weniger Sorgen (55 %). Personen, die Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in überregionalen Tageszeitungen lesen, sorgen sich nur zu 63 %, während Leser von Boulevardzeitungen zu 84 % Besorgnis über die Folgen der EU-Erweiterung äußern.<sup>5</sup> Im Gegensatz dazu gibt es keine Unterschiede zwischen Zuschauern von Nachrichtensendungen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern und Personen, die Nachrichtensendungen bei privaten Fernsehsendern nutzen.

### Soziale und wirtschaftliche Folgen der EU-Erweiterung

Betrachtet man die Auseinandersetzungen über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der aktuellen EU-Erweiterung,<sup>6</sup> dann stehen zwei Punkte im Vordergrund: erstens, inwieweit die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt von der Erweiterung profitieren können, und, zweitens, wie hoch die Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland ausfällt.<sup>7</sup> Die entsprechende

Wahrnehmung in der Bevölkerung muss nicht zwangsläufig die gleiche sein wie in der informierten öffentlichen Diskussion. Vielmehr ist denkbar, dass Befragte bestimmte Folgen der EU-Erweiterung kritischer betrachten, andere hingegen diese als weniger problematisch ansehen.

### EU-Erweiterung in der öffentlichen Diskussion

Unter den meisten Experten ist es unumstritten, dass die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU zu positiven Impulsen für Deutschland – und auch für die anderen alten Mitgliedstaaten der EU – führen wird.<sup>8</sup> Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft haben diese Länder eine immer größer werdende Bedeutung. Bedingt durch die geographische Nähe zu den neuen Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas könnte insbesondere die ostdeutsche Wirtschaft von der EU-Erweiterung profitieren.<sup>9</sup> Als Problem wird jedoch gesehen, dass die im Vergleich zu Deutschland geringeren Lohnkosten in den Beitrittsländern zu Produktionsverlagerungen führen können. Die Folge wäre unter Umständen die Auslagerung von Arbeitsplätzen, vor allem aus arbeitsintensiven Branchen, oder sogar eine Absenkung des deutschen Lohnniveaus. Analysen für Deutschland zeigen, dass von den Produktionsverlagerungen überwiegend geringer qualifizierte Arbeitskräfte betroffen wären. In der Summe der ökonomischen Folgen der EU-Erweiterung kann man jedoch von einem positiven Nettoeffekt für Deutschland ausgehen.<sup>10</sup>

**5** Diese Befunde bestätigen sich auch, wenn für weitere Merkmale der Befragten in einem multivariaten Modell kontrolliert wird. Wird für Alter, Geschlecht, Bildung, berufliche Stellung, zur Verfügung stehendes Haushaltseinkommen, Stichprobenregion, Parteibindung und persönlichkeitsbedingte Neigung zu Sorgen (Neurotizismus) kontrolliert, besteht bei Lesern von Boulevardzeitungen eine um 9 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, sich über die Folgen der EU-Erweiterung zu sorgen, als bei Personen, die keine Boulevardzeitungen lesen. Bei Lesern von überregionalen Tageszeitungen besteht eine um 12 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, Sorgen zu äußern, als bei Personen, die keine überregionalen Zeitungen lesen.

**6** Der Beitrag konzentriert sich auf die Diskussion sozialer und wirtschaftlicher Folgen der EU-Erweiterung in der Öffentlichkeit bzw. deren Wahrnehmung in der Bevölkerung. Politische Folgen, wie die Konsequenzen der EU-Erweiterung für die Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen oder fiskalische Fragen der Erweiterung, werden nicht betrachtet. Zu Analysen der Finanzierung der EU-Erweiterung vgl. z. B. Christian Weise: Wohlstandsgefälle in der EU-27 und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 36/2001, S. 562–566; Christian Weise: EU-Osterweiterung finanzierbar – Reformdruck wächst: Szenarien für den EU-Haushalt 2007 und 2013. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 36/2001, S. 553–561.

**7** Beide Punkte stehen in einem engen Verhältnis zueinander, da die ökonomische Lage in Deutschland Einfluss auf Wanderungsbewegungen hat und umgekehrt das Ausmaß der Migration für die Lage der deutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes von Bedeutung ist.

**8** Vgl. Tito Boeri und Herbert Brücker: The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. Report for the DG Employment and Social Affairs, Europäische Kommission. Brüssel 2001.

**9** Vgl. Ulla Kunze und Dieter Schumacher: Position Ostdeutschlands beim Export nach Polen und Tschechien ausbaufähig. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 33/2003.

**10** Vgl. Tilman Brück, Herbert Brücker, Hella Engerer, Christian von Hirschhausen, Mechthild Schrooten, Dieter Schumacher, Ulrich Thießen und Harald Trabold: EU-Osterweiterung: Klare Herausforderungen, unberechtigte Ängste. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/2004.

In der öffentlichen Diskussion um die Folgen der EU-Erweiterung wird oft die Vermutung geäußert, die Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten führe zu starken Wanderungsbewegungen in die Länder der EU-15, insbesondere nach Deutschland. Diese Vermutung stützt sich auf das deutliche Einkommens- und Wohlfahrtsgefälle zwischen den „alten“ und „neuen“ EU-Mitgliedern sowie auf die relativ hohe Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa.<sup>11</sup> Obwohl Analysen zeigen, dass diese Befürchtungen unbegründet sind und Deutschland darüber hinaus von der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten profitieren kann,<sup>12</sup> hat Deutschland – wahrscheinlich als Reaktion auf die Befürchtungen in der Bevölkerung – die Einführung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und anderen Personen aus den Beitrittsländern vorerst um zwei Jahre verschoben.

### EU-Erweiterung in der Wahrnehmung der Bevölkerung

Tabelle 3 gibt Auskunft darüber, inwieweit die Sorgen der Deutschen über die Folgen der EU-Erweiterung auf wirtschaftliche Motive zurückzuführen sind und in welchem Umfang sie im Zusammenhang mit

Tabelle 3

#### Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung und deren Motive<sup>1</sup>

Differenz in Prozentpunkten<sup>2</sup>

Wirtschaft <sup>3</sup>	
Sorgen um die allgemeine Wirtschaftslage	+16
Sorgen um die eigene Wirtschaftslage	+7
Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes	0
Migration <sup>3</sup>	
Sorgen wegen Zuwanderungen	+53
EU-Skepsis <sup>4</sup>	
Kein Vertrauen in die EU	+21

**1** Bei den Angaben handelt es sich um marginale Effekte, die in einer binären Probit-Regression bestimmt wurden. Neben den in Tabelle 3 aufgeführten Variablen wurde kontrolliert für: Befragungsregion, Geschlecht, Bildung, Einkommen, berufliche Stellung, Parteibindung, Mediennutzung und persönlichkeitsbedingte Neigung der Befragten zu Sorgen (Neurotizismus).

**2** Lesebeispiel: Personen, die kein Vertrauen in die EU besitzen, haben eine um 21 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, Sorgen im Zusammenhang mit den Folgen der EU-Erweiterung zu äußern, als solche Befragte, die Vertrauen in die EU haben.

**3** Personen, die einige oder große Sorgen über die Wirtschaftslage oder die Zuwanderung äußern, werden Personen gegenübergestellt, die sich keine Sorgen um die Wirtschaftslage bzw. die Zuwanderung machen.

**4** Zur Messung der generellen EU-Skepsis wurden Befragte gebeten anzugeben, wie viel Vertrauen sie zur Europäischen Union haben. Als EU-Skeptiker wurden Befragte klassifiziert, die wenig oder überhaupt kein Vertrauen zur EU haben.

Quellen: SOEP 2004 (Pretest; Anzahl der Befragten = 772); Berechnungen des DIW Berlin.

Sorgen um die Zuwanderung stehen. Eine weitere plausible Erklärung für eine negative Bewertung der EU-Erweiterung ist eine generell skeptische Haltung gegenüber der EU und ihren Institutionen.

Es zeigt sich, dass die Sorgen in der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Folgen der EU-Erweiterung zum Teil auf wirtschaftlichen Erwägungen beruhen. Allerdings spielt dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland eine weitaus wichtigere Rolle als die eigene wirtschaftliche Lage der Befragten oder die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze: Bei Personen, die sich um die wirtschaftliche Lage Deutschlands sorgen, ist die Wahrscheinlichkeit um 16 Prozentpunkte höher, dass sie sich auch um die Folgen der EU-Erweiterung Sorgen machen, als bei Personen, die keine Sorgen im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage äußern. Hingegen besteht kaum ein Unterschied hinsichtlich der Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung zwischen Personen, die die eigene wirtschaftliche Lage (Differenz: 7 Prozentpunkte) oder die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes (keine Differenz) mit Sorge betrachten, und Befragten, auf die dies nicht zutrifft. Auch die Erwartung, dass Personen, die der EU grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen, die Erweiterung kritischer beurteilen als generelle EU-Befürworter (Differenz: 21 Prozentpunkte), kann bestätigt werden.

Wichtiger als wirtschaftliche Erwägungen und EU-Skepsis scheinen Befürchtungen hinsichtlich der Zuwanderung zu sein. Während Personen, die sich keine Sorgen um Zuwanderungen machen, auch seltener Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung äußern (36%), ist dies bei Personen, die Zuwanderung mit Besorgnis sehen, ganz anders: Für 89% von ihnen geben die Folgen der EU-Erweiterung Anlass zur Sorge – eine Differenz von immerhin 53 Prozentpunkten.

### Fazit

In der öffentlichen Diskussion wird gelegentlich die Meinung geäußert, die derzeitige Erweiterungs-

**11** Ähnliche Befürchtungen wurden auch bei der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft in den 80er Jahren geäußert. Bei der Aufnahme Griechenlands, Portugals und Spaniens bestand ebenfalls ein deutliches Einkommensgefälle zwischen Alt- und Neumitgliedern. Entgegen den Erwartungen hat die damalige Erweiterung der Gemeinschaft aber nicht zu einer vermehrten Zuwanderung nach Deutschland geführt. Stattdessen ist seither eine Nettorückwanderung zwischen Deutschland und Portugal sowie Spanien zu beobachten.

**12** Schätzungen zufolge wird die Zahl der in Deutschland lebenden Personen aus den im Jahre 2004 beigetretenen zehn Ländern in etwa 20 Jahren nach Einführung der Freizügigkeit von derzeit 600 000 Personen auf 2 bis 2,8 Mill. Personen steigen. Vgl. Herbert Brücker: EU-Osterweiterung: Effekte der Migration. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/2004; außerdem Herbert Brücker, Parvati Trübsetter und Christian Weise: EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 21/2000.

phase der EU habe negative soziale und wirtschaftliche Folgen für die bestehende Gemeinschaft. Obwohl wissenschaftliche Analysen zu gegenteiligen Ergebnissen kommen und für Deutschland überwiegend positive Folgen durch die EU-Erweiterung prognostiziert werden, scheint in der Bevölkerung diesbezüglich Skepsis vorzuherrschen: Die Zustimmung der Deutschen zur EU-Erweiterung ist derzeit besonders gering; Deutschland befindet sich hier innerhalb der EU-15 am unteren Ende.

Die Analysen sprechen gegen die Vermutung, dass die EU-Erweiterung vor allem jenen Personen Sorgen macht, deren Arbeitsplätze am stärksten von möglichen Produktionsverlagerungen tangiert sind: Arbeitslose und Personen, die die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes gefährdet sehen, betrachten die Folgen der EU-Erweiterung nicht skeptischer als andere Befragte. Darüber hinaus ist die Sorge um die EU-Erweiterung besonders gering bei jungen Personen (unter 25-Jährige), bei Befragten aus Ostdeutschland und bei Personen mit geringem Einkommen. Personen, die unter Umständen mit neuen EU-Bürgern um Arbeitsplätze konkurrieren müssen, scheinen also *nicht* diejenigen zu sein, die die EU-Erweiterung als problematisch ansehen. Vielmehr sind es Befragte in wirtschaftlich eher gesicherten Positionen, also erwerbstätige Arbeiter, Personen mit mittlerem Einkommen, Personen in mittlerem Alter sowie Befragte aus Westdeutschland, die am häufigsten Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung äußern.

Eine pessimistische Haltung gegenüber den Folgen der EU-Erweiterung wird weniger von der individuellen ökonomischen Betroffenheit als vielmehr von Befürchtungen bezüglich der generellen Folgen für die deutsche Wirtschaft geprägt. Neben wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt auch eine generell kritische Einstellung gegenüber der EU die Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung. Der mit Abstand wichtigste Faktor für solche Befürchtungen sind jedoch Sorgen im Zusammenhang mit Zuwanderungen.

Das Thema Migration scheint in Deutschland oft negativ besetzt. Um die Zustimmung der Deutschen zu den Erweiterungen der EU nachhaltig zu erhöhen, sollten Bemühungen darauf zielen, den Wert der Freizügigkeit von Personen als zentralen Bestandteil der europäischen Integration herauszustellen sowie deutlich zu machen, dass Migration einen Gewinn und keine Bedrohung darstellt. Eine sachliche Darstellung von Migration ist natürlich nicht nur im Hinblick auf die Zustimmung der Bevölkerung zu den EU-Erweiterungen erforderlich, sondern sollte auch eine grundsätzliche Aufgabe von Parteien und Medien sein. Die derzeitigen Debatten um die EU-Erweiterung und die Integration von Migranten in Deutschland zeigen, dass dies nicht immer der Fall ist. Die Verantwortung von Politik und Medien wird von den Analysen empirisch bestätigt: Es gibt durchaus einen Zusammenhang zwischen Parteibindung und Mediennutzung auf der einen und Meinungen in der Bevölkerung auf der anderen Seite.

# Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland: Große Unterschiede nach Geschlecht und Alter

*Der langjährige stetige Anstieg der Vermögen und der daraus erzielten Kapitaleinkommen gewinnt zunehmend Einfluss auf die Struktur der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Diese Einkommen werden allerdings weiterhin überwiegend durch Erwerbseinkommen und die daraus abgeleiteten Transferzahlungen bestimmt. Die Pro-Kopf-Betrachtung der im Haushalt aggregierten Vermögensbestände zeigt,<sup>1</sup> dass die Vermögen weit ungleicher verteilt sind als die bedarfsgewichteten Einkommen. Anders als die Einkommen werden in Deutschland Vermögen im Laufe des Lebens aufgebaut und steigen mit dem Alter; nur Personen in einem sehr hohen Alter weisen aufgrund ihrer Lebensgeschichte (Kohorteneffekt und Vermögensübertragungen) ein relativ niedriges Vermögen aus. Hohe Vermögen konzentrieren sich insgesamt gesehen auf ältere Paarhaushalte, höhere Schulden hingegen auf Einpersonenhaushalte jüngeren oder mittleren Alters. Eine ergänzende Analyse der individuellen Vermögensbestände offenbart unterschiedliche geschlechtsspezifische Muster: Insbesondere alleinerziehende Frauen verfügen über geringe Vermögen.*

Peter Krause  
pkrause@diw.de

Andrea Schäfer  
aschaefer@diw.de

Nach wie vor bilden Erwerbseinkommen die mit Abstand wichtigste Quelle der Einkommen der privaten Haushalte (Tabelle 1); sie erreichten im Jahre 2003 einen Anteil von 94 % der am Markt erwirtschafteten Bruttoeinkommen privater Haushalte.<sup>2</sup> Der Anteil der Kapitaleinkommen am gesamten Markteinkommen der privaten Haushalte ist gering.<sup>3</sup> Er ist allerdings von 3,5 % im Jahre 1993 auf 4,6 % im Jahre 2003 gestiegen.<sup>4</sup> In Ostdeutschland verdoppelte sich fast der Anteil der Kapitaleinkommen von 1993 bis 2003.

von Familien und älteren Menschen. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 9/2005; Jan Goebel, Peter Krause und Jürgen Schupp: Mehr Armut durch steigende Arbeitslosigkeit. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 10/2005. Vgl. hierzu auch die Themenliste des DIW Berlin: „Einkommen privater Haushalte“, [www.diw.de/deutsch/produkte/service/themenlisten/medienliste\\_einkommen.html](http://www.diw.de/deutsch/produkte/service/themenlisten/medienliste_einkommen.html).

Im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) wurden im Jahre 2002 Vermögen detailliert erfasst. Zudem wurde im selben Jahr eine zusätzliche Stichprobe für Hocheinkommensbezieher erhoben, die durch erhöhte Fallzahlen im obersten Einkommensbereich genaueren Aufschluss über den Zusammenhang von Einkommen und Vermögen gibt.

**2** Hierzu zählen nach internationalem Standard Bruttoerwerbs- und Kapitaleinkommen, Privatrenten sowie private Transfers zwischen Haushalten. Hieraus werden durch Abzug von direkten Steuern und Sozialabgaben sowie unter Einschluss von Renten und staatlichen Transfers die Haushaltsnetto- bzw. verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte abgeleitet. Vgl. Expert Group on Household Income Statistics, The Canberra Group: Final Report and Recommendations. Ottawa 2001.

**3** Die Kapitaleinkommen setzen sich sowohl aus Zinsen und Dividenden als auch aus Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zusammen, wobei Unterhalts-, Instandhaltungs- oder Modernisierungskosten aus Vermietung und Verpachtung abgezogen werden.

**4** Das genaue Volumen der Kapitaleinkommen ist sowohl durch Primärerhebungen als auch durch Steuerstatistiken nur schwer zu ermitteln und wird eher – von der Steuerstatistik noch mehr als durch Erhebungen – unterschätzt.

**1** Mit diesem Bericht wird eine Serie von DIW-Wochenberichten zu Einkommen und Armut fortgesetzt und wird vorläufig abgeschlossen. Vgl. Joachim R. Frick et al.: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/2005; Ingrid Tucci und Gert G. Wagner: Einkommensarmut bei Zuwandern überdurchschnittlich gestiegen. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 5/2005; Markus Grabka und Peter Krause: Einkommen und Armut

Tabelle 1

**Anteil von Erwerbs- und Kapitaleinkommen am Markteinkommen<sup>1</sup> der privaten Haushalte<sup>2</sup>**

In %

Jahr	Kapitaleinkommen			Erwerbseinkommen		
	Deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland	Deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland
1985	.	3,3	.	.	96,2	.
1988	.	3,4	.	.	95,3	.
1993	3,5	3,8	1,5	95,2	94,9	97,8
1998	4,3	4,6	2,5	94,4	93,9	97,0
2003	4,6	4,9	2,7	93,5	93,1	96,3

<sup>1</sup> Haushaltsmarkteinkommen des Vorjahres (Bruttoerwerbseinkommen, Kapitaleinkommen, private Transfers, Privatrenten).<sup>2</sup> Bevölkerung in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

**Vermögen deutlich ungleicher verteilt als Einkommen**

Das Bruttovermögen umfasst alle Vermögenskomponenten aus Immobilien-, Geld- sowie Sach- und Betriebsvermögen (Kasten). Das Nettovermögen

Tabelle 2

**Verteilungsmaße für Einkommen und Vermögen der Privathaushalte<sup>1</sup> im Jahre 2002**

Lage- und Verteilungsmaße	Einkommen <sup>2</sup>	Bruttovermögen	Nettovermögen	Nettoimmobilienvermögen
<b>Deutschland</b>				
Mittelwert in Euro	18 389	79 286	67 846	46 043
Median in Euro	15 888	32 424	24 286	0
1. Dezil in Euro	8 045	0	0	0
10. Dezil in Euro	30 067	190 500	173 890	133 333
Anteil 1. Dezil in %	3,08	0,00	-1,00	-0,21
Anteil 10. Dezil in %	23,88	48,92	51,39	54,65
Gini-Koeffizient <sup>3</sup>	0,299	0,683	0,703	0,758
<b>Westdeutschland</b>				
Mittelwert in Euro	19 039	87 048	74 547	50 869
Median in Euro	16 406	39 357	26 584	0
1. Dezil in Euro	8 109	0	0	0
10. Dezil in Euro	31 480	206 250	189 040	150 000
Anteil 1. Dezil in %	2,94	0,00	-0,95	-0,21
Anteil 10. Dezil in %	24,10	48,7	51,1	51,6
Gini-Koeffizient <sup>3</sup>	0,305	0,679	0,699	0,749
<b>Ostdeutschland</b>				
Mittelwert in Euro	15 456	44 367	37 702	24 332
Median in Euro	14 109	20 929	15 000	0
1. Dezil in Euro	7 830	0	0	0
10. Dezil in Euro	23 313	120 398	112 925	79 250
Anteil 1. Dezil in %	3,92	0,0	-1,5	-0,2
Anteil 10. Dezil in %	20,62	44,645	47,235	55,018
Gini-Koeffizient <sup>3</sup>	0,246	0,66	0,67	0,77

<sup>1</sup> Vermögen im Haushalt pro Kopf; Bevölkerung in privaten Haushalten.<sup>2</sup> Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, ohne „imputed rent“.<sup>3</sup> Lage- und Verteilungsmaße für alle Werte, bei den Gini-Koeffizienten rekodiert (negative Werte = 0).

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

pro Kopf errechnet sich hieraus durch Abzug der Belastungen für Hypotheken und Darlehen beim Immobilienvermögen sowie nach Abzug eingegangener Zahlungsverpflichtungen bei Krediten. Übersteigen die Belastungen den Vermögenswert, so ist das Nettovermögen negativ; negative Vermögen werden auch als Nettoschulden separat ausgewiesen.

Tatsächlich konzentrieren sich die dem Kapitaleinkommen zugrunde liegenden Vermögen stärker als das gesamte verfügbare Einkommen auf einzelne Haushalte.<sup>5</sup> Dies geht aus den verschiedenen Verteilungsparametern hervor (Tabelle 2): Mittelwert und Median liegen bei den Nettovermögen pro Kopf weiter voneinander entfernt; die Einkommensabstände zwischen den Dezilschwellen<sup>6</sup> zur Abgrenzung des jeweils unteren und oberen Bevölkerungszehntels sind größer. Der Einkommensanteil des ärmsten Einkommenszehntels der Bevölkerung liegt bei 3%. Zum Vergleich: Der Nettovermögensanteil pro Kopf des Zehntels der Bevölkerung mit dem geringsten Nettovermögen liegt wegen der Verschuldung der Haushalte im negativen Bereich (-1%). Das einkommenstärkste Zehntel der Bevölkerung verfügt über 24% der gesamten Einkommen. Im vermögensreichsten oberen Zehntel der Verteilung konzentrieren sich hingegen 51% der Nettovermögen pro Kopf.<sup>7</sup>

Die ungleiche Verteilung liegt nicht nur daran, dass nicht alle Haushalte über Vermögen verfügen, sondern die positiven Nettovermögensbestände pro Kopf auch wesentlich ungleichmäßiger verteilt sind als die verfügbaren Einkommen. Der Gini-Koeffizient – ein summarisches Ungleichheitsmaß – liegt bei den bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen bei 0,30, bei den positiven Nettovermögen pro Kopf hingegen bei 0,61 (Tabelle 3).

<sup>5</sup> Die Einkommen sind bedarfsgewichtet nach der neuen OECD-Skala ohne Berücksichtigung des Mietwerts von selbst genutztem Wohneigentum („imputed rent“); vgl. Joachim R. Frick et al., a. a. O. Die Vermögen werden pro Kopf ausgewiesen. Alle Verteilungsangaben beziehen sich auf die gesamte Bevölkerung (nicht: Haushalte).

<sup>6</sup> Dezile umfassen jeweils jene 10% der nach Höhe des Einkommens bzw. Vermögens geordneten Bevölkerung.

<sup>7</sup> Zum Vergleich: Im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird auf der Basis der vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit den statistischen Landesämtern erhobenen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für Haushalte im untersten Dezil ein Anteilswert von -0,6% und im obersten Dezil ein Anteilswert von 47% der Nettovermögen (ohne Pro-Kopf-Gewichtung) ausgewiesen. Die Ungleichheit des Nettovermögens ist gemessen am Gini-Koeffizienten ebenfalls etwas höher (0,703) als der im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht auf Basis der Haushalte ermittelte Wert (0,675). Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) 2005, [www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/p\\_19.php](http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/p_19.php). Allerdings sind in der EVS die Betriebsvermögen nicht enthalten. Auch werden z. B. Einnahmen aus Versicherungsverträgen oder Sparplänen nicht periodengerecht dem laufenden Einkommen der Privathaushalte zugeordnet, sondern i. d. R. erst zum Ablauf erfasst, d. h. mit der Auszahlung. Insgesamt ist – gemessen an den Schwierigkeiten, Vermögen zu erheben – die Übereinstimmung der Verteilung in der EVS und dem SOEP erstaunlich hoch. Vgl. Jürgen Schupp und Gert G. Wagner: Repräsentative Analysen der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte. BMGS 2003, [www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/4236.cfm](http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/4236.cfm).



Kasten

## Definitionen und Methodik

Die Vermögensausstattung wird im SOEP durch sieben verschiedene Vermögenstatbestände erhoben. Diese werden anteilig für jede Person erfasst. Dazu gehören:

1. Immobilien: Dabei wird sowohl nach dem selbst genutzten als auch nach dem sonstigen Immobilieneigentum gefragt; soweit Belastungen vorliegen, wird der Darlehenswert<sup>1</sup> über die gegenwärtige Restschuld erhoben.
2. Das Geldvermögen,<sup>2</sup> wenn es mehr als 2 500 Euro beträgt.
3. Das Vorsorgevermögen wird über den geschätzten Rückkaufwert von Lebensversicherungen, privaten Rentenversicherungen oder Bausparverträgen erfasst (nicht erfasst wird der Barwert der Sozialversicherungsansprüche).
4. Überdies bat man die Befragten, ihr Betriebs- oder Produktivvermögen zu bewerten (in der EVS wird diese Vermögensart nicht erfasst).
5. Zusätzlich sollen die Befragten den „heutigen Vermögenswert“ ihres Betriebes bzw. ihrer Beteiligung vor Steuern unter Berücksichtigung eventuell bestehender Kreditbelastungen mit dieser Zusatzinformation angeben und die Frage beantworten, ob sie als alleinige oder beteiligte Unternehmer/-innen agieren.
6. Sachvermögen<sup>3</sup> ab einem Wert von 2 500 Euro.
7. Schulden und Kredite, die „als Privatperson bei einer Bank, einer sonstigen Einrichtung oder bei einer Privatperson aufgenommen“ wurden, in Höhe von 2 500 Euro oder mehr.

Das den Verteilungsanalysen zugrunde liegende Nettogesamtvermögen ergibt sich aus der Summierung der einzelnen Vermögenskomponenten.

Da ein Teil der Befragten Eigentum an einzelnen Vermögenskomponenten zwar angibt, jedoch keinen genauen Betrag, sind „Imputationen“ für diese fehlenden Werte notwendig. Für fehlende Werte wurde eine vorläufige Imputation in Form einer Mittelwertimputation<sup>4</sup> auf Basis von Vermögenskategorien vorgenommen.<sup>5</sup> Dadurch wird die Streuung der Vermögen tendenziell etwas unterschätzt. Voll varianzerhaltende Imputationen sind deutlich aufwendiger und noch in Arbeit.<sup>6</sup> Da in diesem Bericht weniger die Vermögensverteilung selbst als vielmehr die Verteilung der Vermögen auf Einkommensklassen im Vordergrund steht, ist die Unterschätzung der vollen Vermögensstreuung hinnehmbar.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Ohne Zinsen.

<sup>2</sup> Darunter fallen Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien oder Investitionsanteile und Lebensversicherungen.

<sup>3</sup> In Form von Gold, Schmuck, Münzen oder wertvollen Sammlungen; ohne Kraftfahrzeuge.

<sup>4</sup> Wichtig ist zu beachten, dass „the relevance of missing values in such an income construct is very much affected by the degree to which aggregation across persons is necessary: e.g. household labor income – being just one major component of market income – consists of all individual household members' labor income, which itself is the sum of labour income from first to second jobs [...] Almost by definition, the risk of understating the true income from a given source is increasing with the number of items and household members across which income components have to be aggregated. If the underlying missing mechanisms do not follow a random process, all derived information on income inequality

will be severely distorted“ (Grabka und Frick, a. a. O., S. 5), und dass die Mittelwert- oder Median-Substitution „creates distortion in variance. Median-based substitution may yield somewhat more conservative results and is less sensitive to outliers“ (ebd., S. 6).

<sup>5</sup> Vgl. Jürgen Schupp und Gert G. Wagner: Repräsentative Analyse der Lebenslagen Einkommensstarker Haushalte. BMGS 2003, S. 44 ff. und S. 139 f., [www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/4236.cfm](http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/4236.cfm).

<sup>6</sup> Zu Probit-Schätzungen für die Vermögensimputationen für das SOEP vgl. Stefan Bach, Peter Haan, Ralf Maiterth und Caren Sureth: Modelle für die Vermögensbesteuerung von natürlichen Personen und Kapitalgesellschaften – Konzepte, Aufkommen, wirtschaftliche Wirkungen. Forschungsprojekt im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Berlin 2004, S. 80–83.

<sup>7</sup> Zumal die Mittelwertmethode auch für die EVS angewandt wird.

Die wertmäßig bedeutendste Vermögensart ist mit 46 000 Euro das Immobilienvermögen (pro Kopf nach Abzug von Hypotheken und Darlehen). Das Geldvermögen<sup>8</sup> pro Kopf beträgt im Bevölkerungsdurchschnitt etwas mehr als 15 700 Euro. Betriebs- und Sachvermögen haben mit rund 8 000 Euro eine eher untergeordnete Bedeutung; sie konzentrieren sich auf vergleichsweise wenige Haushalte. Nahezu zwei Drittel des Gesamtwertes finden sich in

10% der privaten Haushalte. Die Verteilung der Immobilienvermögen pro Kopf variiert innerhalb der Gruppe der Immobilieneigentümer weit weniger. Bei den Nettoschulden ist eine hohe Konzentration auf wenige Haushalte zu beobachten: Die höchstverschuldeten 10% der Bevölkerung haben mehr als die Hälfte der gesamten Schulden.

<sup>8</sup> Einschließlich Lebensversicherungen.

Tabelle 3

**Verteilungsmaße der (positiven) Vermögenskomponenten und Schulden für Privathaushalte<sup>1</sup> im Jahre 2002**

Lage- und Verteilungsmaße	Einkommen <sup>2</sup>	Bruttovermögen	Nettovermögen	Nettoschulden	Nettoimmobilienvermögen	Geldvermögen	Sach- und Betriebsvermögen
<b>Deutschland<sup>3</sup></b>							
Mittelwert <sup>4</sup> in Euro	.	79 286	68 526	680	46 142	15 796	8 102
Gini-Koeffizient <sup>4</sup>	.	0,683	0,703	0,981	0,758	0,697	0,958
Mittelwert in Euro	18 389	96 817	87 373	11 282	95 423	21 124	44 260
Median in Euro	15 888	54 166	45 000	4 250	63 830	11 000	9 609
1. Dezil in Euro	8 045	3 333	3 733	1 000	15 000	1 666	1 250
10. Dezil in Euro	30 067	212 500	200 000	24 500	200 000	45 000	100 000
Anteil 1. Dezil in %	3,08	0,16	0,20	0,61	0,9	0	0,21
Anteil 10. Dezil in %	23,88	44,20	44,80	55,80	35,7	45,0	63,5
Gini-Koeffizient	0,299	0,613	0,621	0,676	0,499	0,595	0,772
<b>Westdeutschland<sup>3</sup></b>							
Mittelwert <sup>4</sup> in Euro	.	87 048	75 253	706	50 977	16 842	8 952
Gini-Koeffizient <sup>4</sup>	.	0,679	0,699	0,981	0,749	0,702	0,957
Mittelwert in Euro	19 039	106 106	95 726	11 614	102 260	22 547	45 119
Median in Euro	16 406	61 000	51 475	4 250	70 000	11 666	9 609
1. Dezil in Euro	8 109	3 875	4 090	1 125	16 250	1 700	1 250
10. Dezil in Euro	31 480	236 250	216 190	24 500	212 500	48 635	98 923
Anteil 1. Dezil in %	2,94	0,16	0,19	0,63	0,93	0,42	0,21
Anteil 10. Dezil in %	24,10	44,09	44,88	57,60	36,47	45,04	65,52
Gini-Koeffizient	0,305	0,617	0,617	0,600	0,496	0,601	0,781
<b>Ostdeutschland<sup>3</sup></b>							
Mittelwert <sup>4</sup> in Euro	.	44 367	38 265	562	24 391	11 088	4 281
Gini-Koeffizient <sup>4</sup>	.	0,659	0,675	0,978	0,774	0,651	0,964
Mittelwert in Euro	15 456	54 618	49 307	9 713	58 596	14 759	37 538
Median in Euro	14 109	30 000	27 500	4 000	42 916	9 433	10 666
1. Dezil in Euro	7 830	2 500	2 500	933	10 000	1 250	1 500
10. Dezil in Euro	23 313	14 000	131 768	24 863	130 000	30 350	101 585
Anteil 1. Dezil in %	3,92	0,25	0,27	0,54	1,15	0,46	0,36
Anteil 10. Dezil in %	20,62	39,20	39,50	44,10	30,70	37,00	46,20
Gini-Koeffizient	0,246	0,580	0,581	0,614	0,456	0,535	0,682

**1** Nachrichtlich: Vermögen im Haushalt pro Kopf; Bevölkerung in privaten Haushalten.

**2** Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, ohne „imputed rent“.

**3** Alle folgenden Lage- und Verteilungsmaße für Werte > 0.

**4** Lage- und Verteilungsmaße für Werte ≥ 0 (negative Werte = 0).

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

In Ostdeutschland beträgt der durchschnittliche Vermögenswert bei den meisten Vermögensarten meist nur gut die Hälfte vom Vergleichswert in Westdeutschland. Die Zeit seit der deutschen Wiedervereinigung ist offenbar noch zu kurz für einen breiter angelegten Vermögensaufbau.

Die Auswertungen der EVS im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegen allerdings deutliche Anpassungsfortschritte gegenüber 1993 und 1998. Die durchschnittliche Nettoverschuldung der Privathaushalte liegt in Ostdeutschland nur wenig niedriger als in Westdeutschland.

### Zusammenhang von Einkommen und Vermögen

Die stetig wachsenden Vermögensbestände lassen eine vermögensinduzierte Erhöhung der Einkommensungleichheit vermuten. Der tatsächliche Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen wird aus Tabelle 4 ersichtlich. Demnach lebten im Jahre 2002 etwa 15% der Bevölkerung in der Einkommensklasse unterhalb der Armutsrisikoschwelle (60%-Median). Diese verfügten über gut 5% des gesamten (bedarfsgewichteten) Nettoeinkommens und über 5% des gesamten Nettovermögens pro Kopf; diese Gruppe hatte – jeweils pro Kopf – einen Anteil von knapp 6% am Nettoimmobilienvermögen, gut 4% am Betriebs- und Sachvermögen und von knapp 14% der Nettoschulden.

Tabelle 4

**Anteile von Einkommen und Vermögen im Jahre 2002<sup>1</sup> nach Einkommensklassen**

In %

Einkommensklassen <sup>2</sup> in % des Medians	Bevölkerungs- anteil	Einkommens- anteil	Anteil am Netto- vermögen	Netto- immobilien- vermögen	Geld- vermögen	Sach- und Betriebs- vermögen	Nettoschulden
Bis 60	15,1	5,4	4,9	5,7	4,0	3,4	13,6
60 bis 80	16,0	9,8	8,5	9,5	6,5	6,5	15,7
80 bis 100	18,9	14,7	12,0	12,4	12,9	8,2	19,3
100 bis 150	29,6	31,1	28,8	30,8	29,9	14,5	27,5
150 bis 200	11,9	17,6	18,2	18,3	18,2	17,4	9,3
200 bis 250	4,6	8,7	9,4	8,7	10,2	11,3	0,7
250 und mehr	3,9	12,5	18,3	14,6	18,4	38,6	13,9
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

<sup>1</sup> Vermögen im Haushalt pro Kopf; Bevölkerung in privaten Haushalten.<sup>2</sup> Nach Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, ohne „imputed rent“ (Median = 100).

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Zur obersten Einkommensklasse (ab 250 % des Einkommensmedians) zählten im selben Jahr 4 % der Bevölkerung; diese Gruppe verfügte über rund 13 % des gesamten bedarfsgewichteten Nettoeinkommens und über 18 % des Nettovermögens pro Kopf. Die Gruppe hatte – jeweils pro Kopf – einen Anteil von 15 % am Nettoimmobilienvermögen, von 18 % am Geldvermögen und von 39 % am Betriebs- und Sachvermögen; zugleich lagen etwa 14 % der gesamten Nettoschulden pro Kopf bei dieser Gruppe.

Vor allem in der höchsten Einkommensklasse sind im Vergleich zur Einkommensverteilung überdurchschnittliche Vermögenswerte anzutreffen. Ein weiteres überproportionales Anwachsen des Nettovermögens pro Kopf dieser Gruppe würde zu einer stärkeren Ungleichverteilung der Einkommen führen. Anders als im obersten und untersten Dezil ist in allen anderen Einkommenschichten die Differenz zwischen Einkommens- und Vermögensan-

teilen in der Bevölkerung weniger stark ausgeprägt. Insbesondere die Nettoimmobilienvermögen pro Kopf zeigen eine Verteilung auf die Einkommensklassen, die der Einkommensverteilung durchaus ähnlich ist. Diese vom Volumen her bedeutsamste Vermögensgröße bestätigt somit die in der Einkommensverteilung angelegte Ungleichheit.

**Verteilung des Vermögens innerhalb von Einkommensquintilen**

Die über die Einkommensverteilung hinausgehende höhere Ungleichheit der Vermögensverteilung findet vor allem innerhalb der jeweiligen Einkommensklassen statt – vorwiegend zwischen Eigentümern und Nichteigentümern von Vermögenswerten (Tabelle 5). Demnach verfügen mehr als 80 % der Bevölkerung über zumeist kleine Vermögensbestände. Über drei Viertel der Bevölkerung haben positive Vermögen.

Tabelle 5

**Vermögenskomponenten für Privathaushalte<sup>1</sup> im Jahre 2002 und Schulden nach Einkommensquintilen**

In %

Einkommens- quintile	Netto- vermögen	Brutto- vermögen	Netto- immobilien- vermögen	Geld- vermögen	Sach- und Betriebs- vermögen	Netto- schulden	Brutto- immobilien- schulden	Brutto- geldschulden
1. Quintil	51,4	53,4	23,9	44,3	6,6	7,8	7,2	12,3
2. Quintil	73,9	79,3	41,0	69,1	9,7	8,0	20,2	17,8
3. Quintil	83,4	86,9	49,3	81,0	15,0	6,1	25,9	18,0
4. Quintil	89,3	93,9	57,9	89,0	19,8	5,7	32,0	19,1
5. Quintil	94,3	96,2	69,9	90,7	40,5	2,5	43,2	19,1
<b>Insgesamt</b>	<b>78,5</b>	<b>81,9</b>	<b>48,4</b>	<b>74,8</b>	<b>18,3</b>	<b>6,0</b>	<b>25,7</b>	<b>17,2</b>

<sup>1</sup> Bevölkerungsanteil von Haushalten mit Vermögen; Vermögen im Haushalt pro Kopf.

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Tabelle 6

**Vermögenskomponenten und Schulden für Privathaushalte<sup>1</sup> im Jahre 2002 nach Einkommensquintilen**

Mittelwerte in Euro

Einkommensquintile	Einkommen <sup>1</sup>	Bruttovermögen	Nettovermögen <sup>2</sup>	Nettoimmobilienvermögen	Geldvermögen	Sach- und Betriebsvermögen	Nettoschulden	Bruttoimmobilien-schulden	Bruttogeld-schulden
1. Quintil	7 570	26 755	24 516	19 013	4 537	2 051	574	1 155	1 085
2. Quintil	12 506	42 669	37 528	28 123	7 786	3 793	868	3 567	1 574
3. Quintil	15 954	58 853	51 405	36 704	12 464	3 607	470	6 077	1 371
4. Quintil	20 589	84 038	72 525	51 943	18 170	4 650	682	9 274	2 239
5. Quintil	35 332	184 109	153 255	94 453	36 015	26 999	811	26 642	4 212
Insgesamt	18 389	79 280	67 846	46 043	15 796	8 102	680	9 345	2 095

<sup>1</sup> Vermögen im Haushalt pro Kopf; Bevölkerung in privaten Haushalten.<sup>2</sup> Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, ohne „imputed rent“.

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Der Anteil von Personen mit Vermögen steigt mit dem Einkommen. Ungeachtet dessen weist die Hälfte der Personen im untersten Quintil eine insgesamt positive Vermögensbilanz auf. Die am weitesten verbreitete Vermögensart ist mit einem Anteil von rund 75 % das Geldvermögen; über Immobilienvermögen verfügen insgesamt nur 48 % der Bevölkerung.

Der Anteil der Personen mit Schulden, d. h. mit einem negativen Vermögen, liegt in den beiden unteren Quintilen bei 8 %; im obersten Quintil sind hingegen nur rund 3 % der Personen netto verschuldet. Deren Verschuldung ist aber so hoch, dass sie trotz ihrer geringen Anzahl einen ähnlichen Mittelwert wie die Vergleichspersonen im ersten und zweiten Quintil ausweisen (Tabelle 6).

**Vermögen wird im Lebensverlauf aufgebaut**

Die Möglichkeit des Vermögensaufbaus ist u. a. vom Einkommen und der Sparfähigkeit abhängig.<sup>9</sup> Kohorten, die in Zeiten hohen Wirtschaftswachstums ein Erwerbseinkommen erzielen, können demnach besonders gut Vermögen bilden.<sup>10</sup> Durch Erwerbsarbeit werden insbesondere im mittleren Alter relativ hohe Einkommen erzielt. In Bezug auf die Generierung von Vermögen zeigt sich ein ähnliches Muster, wenngleich mit zeitlicher Verzögerung. Die höchsten Einkommen werden im Alter zwischen 46 und 55 Jahren und die höchsten Vermögensbestände zwischen 60 und 70 Jahren angegeben (Abbildung).

Die relativ niedrigen Vermögen der Hochaltrigen (Personen über 75 Jahre) gehen nicht auf Entsparen,<sup>11</sup> sondern vielmehr auf Kohorteneffekte zurück.<sup>12</sup> Das heißt, diese Jahrgänge hatten weniger Chancen, hohe Vermögen aufzubauen, als die jüngeren Jahrgänge. Zudem ist in diesem Alter das Betriebs- bzw. Immobilienvermögen oft schon an die Kinder übergeben worden.<sup>13</sup>

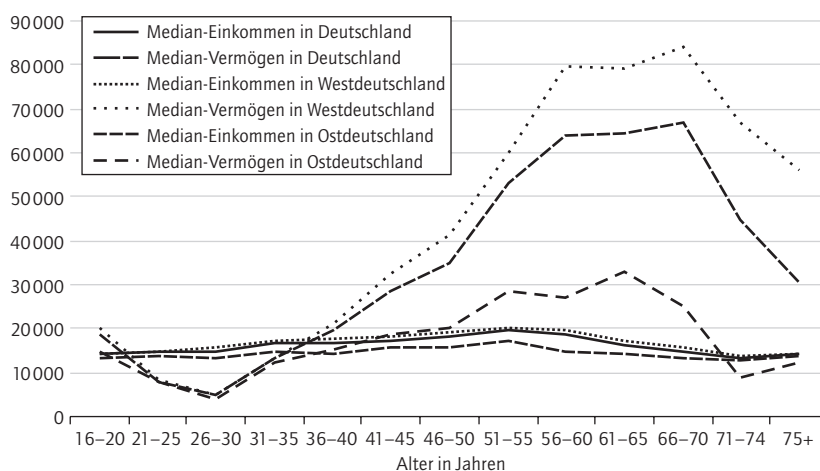
Im Ost-West-Vergleich lassen sich nur geringe Differenzen zwischen den Altersgruppen festmachen: So ist zwar in Ostdeutschland eine Tendenz zur Bildung höherer Vermögenswerte bei jüngeren Personen zu beobachten, allerdings liegen die Einkommen – wie auch die Vermögen – unter dem Niveau in Westdeutschland. Auffällig ist der große Ab-

<sup>9</sup> Neben dem Einkommen gibt es noch weitere Quellen für die Vermögensbildung wie Erbschaften und Schenkungen; vgl. Jürgen Schupp und Marc Szydlík: Erbschaften und Schenkungen in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 5/2004, S. 59–65.<sup>10</sup> Vgl. Holger Stein: Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983–1998. Berlin 2004.<sup>11</sup> Zur Widerlegung der These, dass im Segment der älteren Haushalte entspart wird, vgl. Axel Börsch-Supan und Lothar Essig: Sparen in Deutschland. Ergebnisse der ersten SAVE-Studie. Köln 2002.<sup>12</sup> Vgl. Holger Stein, a. a. O.<sup>13</sup> Vgl. Jürgen Schupp und Marc Szydlík, a. a. O.

Abbildung

**Vermögen und Einkommen im Jahre 2002 nach Altersgruppen und Regionen**

In Euro



Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

stand der Nettovermögen pro Kopf zwischen älteren und jüngeren Personen in Westdeutschland. Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren haben knapp 300 % des Median-Nettovermögens pro Kopf, während es bei den unter 25-Jährigen nur etwa 50 % sind (Tabelle 7).

### Situation Alleinerziehender prekär

Neben dem Alter der Personen hat die familiäre Situation einen erheblichen Einfluss auf die Vermögensbestände der Haushalte. Um eine Darstellung verschiedener Lebensphasen und familiärer Situationen zu gewährleisten, wurden neun Haushaltstypen nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder, nach dem Lebensalter der Personen und dem der Kinder unterschieden. Die resultierende Unterteilung orientiert sich am Lebensphasenkonzept und klassifiziert als alleinstehend, wer alleine, d. h. ohne Partner oder Partnerin, lebt. Um eine genaue Abgrenzung der verschiedenen Erwerbsphasen widerzuspiegeln, wurde zwischen Haushalten mit 16- bis 29-Jährigen, mit 30- bis 54-Jährigen und mit jenen, die älter als 54 Jahre sind, unterschieden. Zusätzlich werden Haushalte Alleinerziehender analysiert, die minderjährige Kinder zu versorgen haben. Paar- und Familienhaushalte sind definiert als Haushalte mit zwei Lebenspartnern oder -partnerinnen mit und ohne Kinder, unabhängig davon, ob diese Partner bzw. Partnerinnen verheiratet sind oder nicht. Für Haushalte ohne Kinder wird auf das Alterskonzept zurückgegriffen. Elternhaushalte mit

Tabelle 7

### Relative Einkommens- und Vermögensposition im Jahre 2002 nach Altersgruppen<sup>1</sup>

Altersgruppe	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Einkommen <sup>2,3</sup>	Nettovermögen <sup>2</sup>	Einkommen <sup>2,3</sup>	Nettovermögen <sup>2</sup>	Einkommen <sup>2,3</sup>	Nettovermögen <sup>2</sup>
Median (= 100) in Euro	15 888	24 286	16 406	26 584	14 110	15 000
0 bis 14 Jahre	92,6	52,6	91,1	51,1	95,0	64,1
15 bis 24 Jahre	89,2	52,6	88,0	51,2	94,3	66,7
25 bis 34 Jahre	99,2	31,9	99,8	29,3	99,3	40,0
35 bis 44 Jahre	107,1	90,6	106,5	87,8	104,5	110,3
45 bis 54 Jahre	117,2	164,7	118,6	176,3	115,8	154,4
55 bis 64 Jahre	112,2	264,7	115,6	292,5	102,1	188,7
65 bis 74 Jahre	90,2	233,1	90,8	282,1	94,3	106,7
75 Jahre und älter	88,4	124,9	86,9	210,1	97,4	83,3

<sup>1</sup> Vermögen im Haushalt pro Kopf; Bevölkerung in privaten Haushalten.

<sup>2</sup> Median je Altersgruppe in % des Medians insgesamt.

<sup>3</sup> Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, ohne „imputed rent“.

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

erwachsenen Kindern werden separat ausgewiesen. In Seniorenhaushalten leben Personen über 75 Jahre allein oder gemeinsam mit einem Partner oder einer Partnerin.

Alleinstehende jüngere Personen haben geringe Vermögen. Die Einkommen Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern lassen es kaum zu, Vermögensbestände zu akkumulieren. Nur knapp je die Hälfte dieser Haushalte verfügt überhaupt über Vermögen; dagegen weisen sie überdurchschnittlich häufig Schulden auf (Tabelle 8). Seniorenhaushalte

Tabelle 8

### Vermögen im Jahre 2002<sup>1</sup> nach Haushaltstypen

Haushaltstypen	Bevölkerungsanteil	Einkommensposition (Median = 100) <sup>2</sup>	Nettovermögen		Nettoschulden	
			In %	In Euro	In %	In Euro
Einpersonenhaushalte						
16 bis 29 Jahre	2,4	71,0	51,0	16 639	6,8	873
30 bis 54 Jahre	6,2	116,2	68,3	53 016	10,6	1 641
55 bis 74 Jahre	5,6	87,1	71,6	112 315	3,2	643
Einelterenhaushalte mit Kindern im Alter bis 17 Jahren	4,6	65,2	58,3	14 124	8,4	765
Familienhaushalte mit Kindern im Alter bis 17 Jahren	36,1	97,7	81,7	47 693	7,9	841
Elternhaushalte mit erwachsenen Kind(ern) ab 18 Jahren	14,1	110,8	85,3	71 105	4,7	279
Paarhaushalte						
16 bis 54 Jahre	9,5	135,8	81,1	77 214	9,2	1 276
55 bis 74 Jahre	14,0	105,8	87,8	122 110	1,5	103
Seniorenhaushalte im Alter über 75 Jahre	7,6	88,8	78,4	99 837	0,6	98

<sup>1</sup> Vermögen im Haushalt pro Kopf; Bevölkerung in privaten Haushalten (negative Werte = 0).

<sup>2</sup> Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, ohne „imputed rent“.

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

und Alleinstehende von 55 bis 74 Jahren erwirtschaften zwar nicht mehr hohe Einkommen, konnten aber oft über den Lebensverlauf hinweg Vermögen bilden; sie besitzen überdurchschnittlich oft Vermögen und sind nur sehr selten verschuldet.<sup>14</sup> Relativ hohe Einkommen erzielen Alleinstehende mittleren Alters und Paarhaushalte, in denen unter 50-Jährige leben. Das erwirtschaftete Einkommen findet seinen Niederschlag in der Vermögensbildung; allerdings sind diese Gruppen oft auch hoch verschuldet.

### Nicht alle Haushaltsmitglieder profitieren von steigendem Wohlstand gleichermaßen

Die Zuordnung der Vermögen auf die Privathaushalte allein ist nicht aussagefähig, wenn es darum geht, innerhäusliche Verteilungsmuster zu identifizieren.<sup>15</sup> Denn obwohl der Haushalt als Wirtschaftsgemeinschaft gemeinsam Vermögen bildet, verteilt es sich sehr unterschiedlich auf die Partner.<sup>16</sup> Grundsätzlich geben Frauen in Paarhaushalten geringere Vermögensbestände an als Männer. Dies gilt, obwohl Frauen, wenn sie alleine leben, über vergleichbare Vermögen verfügen wie Männer.

Allgemein ist die Höhe des Vermögens abhängig vom Alter der Personen (Tabelle 8).<sup>17</sup> Zugleich gilt, dass Alleinerziehende über wesentlich geringere Vermögen als andere Haushaltstypen verfügen. Die Mehrzahl von ihnen sind Frauen, deren Vermögensbildung durch geringere Erwerbseinkommen

beeinträchtigt ist;<sup>18</sup> nur 10 % der Alleinerziehenden sind Männer. Alleinerziehende Frauen verfügen über eine wesentlich geringere materielle Ausstattung als Männer, die ohne Partnerin oder Partner Kinder erziehen (Tabelle 9). Des Weiteren gilt: Für Frauen wie für Männer liegt der Median des Vermögens bei Partnerhaushalten im fortgeschrittenen Alter höher als bei Alleinstehenden desselben Lebensalters. Allerdings weisen auch in diesen Haushalten die Männer höhere Vermögen auf. In Elternhaushalten mit erwachsenen Kindern finden sich die höchsten Vermögensbestände – wenngleich sich diese wiederum unterschiedlich zwischen Frauen und Männern verteilen. Frauen erreichen hier nur etwa zwei Drittel des Vergleichswertes der Männer. Durch starke Erwerbszentrierung mit vorrangiger Unterstützung der „Normalarbeitsbiographie“ und Ausblendung unbezahlter Familienarbeit unterstützt der deutsche Wohlfahrtsstaat aktuelle und zukünftige Einkommens- und Vermögenseinbußen von Frauen.

<sup>14</sup> Die geringe Verschuldung bei Seniorenhaushalten kann daran liegen, dass älteren Personen keine Kredite gewährt werden.

<sup>15</sup> Aus der Literatur sind bereits einige Versuche der Analyse innerhäuslicher Verteilungsmechanismen bekannt; vgl. Stephen P. Jenkins: Poverty Measurement and the Within-Household Distribution: Agenda for Action. In: *Journal of Social Politics*, 20 (4), 1991, S. 457–483.

<sup>16</sup> S. M. R. Kanbur und L. Haddad: Are Better Off Households More Unequal or Less Unequal? In: *Oxford Economic Papers*, 46, 1994, S. 445–458.

<sup>17</sup> Allerdings finden sich unter den alleinstehenden 30- bis 54-Jährigen mehr Männer. Im Gegensatz dazu leben Frauen über 55 Jahre öfter allein.

<sup>18</sup> Vgl. Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, erstellt von der Bietergemeinschaft WSI in der HBS, INIFES, Forschungsgruppe Tondorf. Düsseldorf, Stadtbergen, Berlin 2002.

Tabelle 9

### Vermögen von Frauen und Männern (nur Haushaltsvorstände und deren Partner) im Jahre 2002 nach Haushaltstypen

Haushaltstypen	Bevölkerungsanteil in %	Frauen				Männer		
		In %	Nettovermögen <sup>1</sup>		In %	Nettovermögen <sup>1</sup>		
			Median	Mittelwert		Median	Mittelwert	
Einpersonenhaushalte								
16 bis 29 Jahre	3,3	54,4	1 000	13 467	45,6	3 000	28 027	
30 bis 54 Jahre	8,5	33,4	21 786	55 015	66,6	20 000	63 145	
55 bis 74 Jahre	7,7	69,6	28 301	107 987	30,4	28 000	115 460	
Einelternaushalte mit Kindern im Alter bis 17 Jahren	2,5	89,2	120	26 458	10,8	15 000	50 432	
Familienhaushalte mit Kindern im Alter bis 17 Jahren	24,9	51,1	28 301	78 573	48,9	51 105	11 1451	
Elternaushalte mit erwachsenen Kind(ern) ab 18 Jahren	11,4	55,5	67 855	111 492	44,5	101 451	149 546	
Paarhaushalte								
16 bis 54 Jahre	12,9	52,2	20 000	61 334	47,8	25 286	82 429	
55 bis 74 Jahre	19,1	49,9	53 000	112 432	50,1	81 250	144 576	
Seniorenhaushalte im Alter über 75 Jahre	9,9	70,1	24 000	85 557	29,9	75 000	132 962	

<sup>1</sup> Individuelle Nettovermögen  $\geq 0$ .

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

An die Familien- und Erwerbsphase schließt sich das Rentenalter an. Bei individueller Betrachtungsweise verfügen Senioren über hohe Vermögen, da aufgrund der Sozialversicherungsrenten kein massiver Vermögensabbau notwendig ist. Allerdings verfügen alleinlebende Frauen im Alter über 75 Jahren tendenziell über geringere Vermögen und Einkommen als Männer des gleichen Alters.<sup>19</sup>

### **Fazit**

Vermögen und daraus resultierende Kapitaleinkommen haben eine wachsende Bedeutung für die Höhe und Verteilung der Einkommen der privaten Haushalte. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung können auf Vermögensbestände zurückgreifen, allerdings durchaus auf unterschiedlichem Niveau. Die Pro-Kopf-Betrachtung der im Haushalt vorhandenen Vermögensbestände ergibt, dass die Nettovermögen pro Kopf weit ungleicher verteilt sind als die bedarfsgewichteten Einkommen; dieser

Sachverhalt führt jedoch nicht notwendigerweise zu einer Zunahme der Einkommensungleichheit. Wenn auch die Hälfte der Haushalte mit geringeren Einkommen im Besitz von Vermögensbeständen ist, so steht diesen doch auch eine hohe Zahl von verschuldeten Haushalten gegenüber. Im mittleren Einkommensbereich verteilen sich hingegen Einkommens- und Vermögensanteile durchaus ähnlich auf verschiedene Einkommensklassen.

Je nach Lebens- und Erwerbsphase sowie familiärer Situation unterscheiden sich Einkommensposition und der Bestand an Vermögen. Insbesondere Alleinerziehende, von denen die Mehrzahl Frauen sind, können in geringerem Umfang auf Vermögensbestände zurückgreifen. Vermögensbestände weiblicher Haushaltsmitglieder sind grundsätzlich geringer als die der männlichen.

<sup>19</sup> Vgl. Markus Grabka und Peter Krause, a. a. O.

## Hinweis auf eine Veranstaltung

### berlin lunchtime meetings

## berlin lunchtime meetings

CEPR London, DIW Berlin and IZA Bonn

The Berlin Lunchtime Meetings are a joint series of monthly expert talks hosted by the Centre of Economic Policy Research (CEPR), the German Institute for Economic Research (DIW Berlin) and the Institute for the Study of Labour (IZA). The objective in holding these discussion meetings is to disseminate to a wide audience, in a non-technical fashion, the best policy-relevant research produced by the joint research networks of CEPR, DIW Berlin and IZA. The seminars serve as a platform for leading European and international researchers to address important policy issues, and as a forum for debate and discussion among researchers, policy makers and the private sector.

We choose the topics discussed by their policy relevance at the time of the meeting. However, the principal topics originate from the following fields of research

- ◆ Labour market reform
- ◆ Comparative analysis of pension provision and reform across Europe
- ◆ Private sector financing of public services
- ◆ Economic growth and fiscal stability
- ◆ The future of the European Union (European convention and enlargement)

**30 March 2005, 12.00 – 14.00 h**

### Reinventing the Public Employment Service: The Changing Role of Employment Assistance in Great Britain and Germany

Prof. Daniel Finn,  
University of Portsmouth

dbb forum berlin  
Friedrichstr. 169/170  
10117 Berlin

For further information please contact

Ralf Messer  
DIW Berlin  
Stabsabteilung Information und Organisation  
Königin-Luise-Str. 5  
14195 Berlin  
Tel. +49 - 30 - 897 89-569  
E-Mail: [lunchtime@diw.de](mailto:lunchtime@diw.de)



The Berlin Lunchtime Meetings  
are supported by the Anglo German  
Foundation

#### Impressum

DIW Berlin  
Königin-Luise-Str. 5  
14195 Berlin

#### Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)  
Dr. Tilman Brück  
Dörte Höppner  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Bernhard Seidel  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Alfred Steinherr  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Axel Werwatz, Ph. D.  
Prof. Dr. Christian Wey

#### Redaktion

Dr. habil. Björn Frank  
Dr. Elke Holst  
Jochen Schmidt  
Dr. Mechthild Schrooten

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 - 30 - 897 89-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88 \*dtms/12 Cent./min.

#### Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

#### Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

#### Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

#### Druck

Druckerei Conrad GmbH  
Oranienburger Str. 172  
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Abteilung Information und Organisation zulässig.